



European Economic
and Social Committee

STATEMENT by the President

5. Mai 2020

Erklärung von Luca Jahier, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses **Westbalkangipfel muss vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise für neues Klima der Solidarität sorgen**

Auf dem morgigen EU-Westbalkan-Gipfel muss ein für alle Mal unterstrichen werden, dass die wirksame Erweiterung der Europäischen Union und die Herausstellung ihrer Werte in den Ländern dieser Region in Europa Sicherheit gewährleistet, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung stärkt sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit festigt.

Eine für beide Seiten fruchtbare Partnerschaft mit dem Westbalkan, die langfristig zum Beitritt führt, kann unseren Kontinent, der auf eine gemeinsame Geschichte zurückblickt und durch eine gemeinsame Kultur und ein gemeinsames Schicksal geprägt ist, nur stärken. Nach politischen Auseinandersetzungen hat die EU mitten in der Coronaviruskrise grünes Licht für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien gegeben und damit gezeigt, dass in Zeiten großer Herausforderungen die Vernunft obsiegt.

Das im vergangenen Monat beschlossene und auf 3,3 Milliarden Euro aufgestockte EU-Unterstützungspaket für den Westbalkan, das für die Bewältigung der Coronaviruskrise sowie den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Pandemie eingesetzt werden soll, ist nur der Beginn einer Entwicklung hin zu einer neuen Ära enger Zusammenarbeit, die zu einer weiteren Integration mit der Europäischen Union führt und eine engere Zusammenarbeit der Länder der Region ermöglichen kann.

In Anbetracht der Tatsache, dass der Westbalkan ein Markt mit etwa 18 Millionen Verbrauchern und der Europäischen Union als größtem Handelspartner ist, muss der Wirtschafts- und Investitionsplan, den die Europäische Kommission in diesem Jahr vorlegen soll, so ehrgeizig ausgelegt sein, dass der Westbalkan sich den EU-Strategien und -Initiativen wie dem europäischen Grünen Deal anschließen kann.

Der EWSA erwartet im Rahmen dieses Plans eine belastbare grüne Agenda für den Westbalkan, da es im Interesse sowohl der Europäischen Union als auch des Westbalkans liegt, die aktuellen Herausforderungen in Chancen zu verwandeln. Der Wiederaufbauplan zur Bewältigung der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Krise im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie muss zwangsläufig grün und sozial geprägt sein.

Und genau hier kommt der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle bei der Umstellung auf eine ökologischere und nachhaltigere Gesellschaft zu, kann sie doch helfen, Maßnahmen zur Förderung einer intelligenten, emissionsarmen Kreislaufwirtschaft, die niemanden zurücklässt, zu erarbeiten und umzusetzen.

Nur mit einem ehrgeizigen Plan wird die EU in der Lage sein, das Wirtschaftswachstum in der Region zu stärken und die für den EU-Beitritt erforderlichen Reformen zu unterstützen. Zusätzlich zu weiteren Wirtschaftsreformen müssen wir stärkeres Augenmerk auf die Rechtsstaatlichkeit und das Funktionieren der demokratischen Institutionen sowie der öffentlichen Verwaltung legen.

Ganz unbestreitbar ist die EU für alle Partner auf dem Westbalkan mit über 72 % des Handelsvolumens der wichtigste Handelspartner, während der Anteil der Region am EU-Außenhandel nur 1,4 % ausmacht. Seit 2006 hat sich der Handel mit der Region mehr als verdoppelt und betrug 2018 über 54 Milliarden Euro. Von diesem Anstieg haben vor allem unsere Partner auf dem Westbalkan profitiert. Die Exporte aus der Region in die EU sind in den vergangenen zehn Jahren um 130 % gestiegen, während die Importe aus der EU nur um 49 % zugenommen haben.

Sprechen wir es deutlich aus: Auf diesem Gipfel muss die Tatsache bekräftigt werden, dass es sich die EU nicht leisten kann, den Westbalkan jemals wieder ganz ans Ende ihrer Agenda zu rücken, wenn sie nicht riskieren will, dauerhaft Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu verlieren, was wiederum nur unserer eigenen Sicherheit und unserem Wohlstand und der Sicherheit und dem Wohlstand der Region schaden würde.

Die COVID-19-Krise hat dazu geführt, dass sich die Führungsspitzen und die Länder ihrer Verantwortung stellen. Ohne Solidarität und den entschlossenen Willen zur Zusammenarbeit wird es uns kaum gelingen, Frieden und Wohlstand in Europa zu bewahren.

Pressekontakt

Daniela Vincenti

Sprecherin des EWSA-Präsidenten

Tel.: +32 2 546 82 62

Mobil: +32 470 89 22 66

[E-Mail](#)